Hintergrund des Falles und Rechtsweg zu den Gerichten



### **Fusionskontrolle**



Kartellverbot / Missbrauchsrecht



### Fusionskontrollverfahren Telefónica Deutschland / E-Plus (Case M.7018):

- Anmeldung im Oktober 2013; Ablehnung einer Verweisung nach Deutschland
- Freigabe unter Bedingungen und Auflagen im Juli 2014

## **Upfront-MBA-MVNO-Remedy**

- MBA-Vereinbarung: Verkauf Anteil Mobilfunk-Kapazität an MVNO
- Streichung des Rechts des Verkaufs an Vorleistungsnachfrager

## MNO Remedy

- Leistungselemente zum Aufbau Netz → National Roaming Vereinbarung
- Wholesale-Verbot
- Regelung zur exzessiven Nutzung

### Verwaltungsverfahren des Bundeskartellamts auf Beschwerde von 1&1:

- Prüfung Vertragsklauseln nach Art. 101, 102 AEUV, §§ 1, 19, 20 GWB
- Auskunftsbeschluss vom März 2023 Beschwerde gegen einzelne Fragen des Auskunftsbeschlusses mit Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung

Einordnung: Towercast und seine Folgefragen

# Towercast (Gerichtshof, 16. März 2023, C-449/21)

- Vorabentscheidungsersuchen aus Frankreich im Bereich digitales Fernsehen: Übernahme von Itas durch TDF, Beschwerde durch Towercast
- Auslegung von Art. 21 FKVO nach allgemeinen Grundsätzen (Wortlaut, Entstehungsgeschichte, Ziele u. Systematik (komplementäre Vorschriften zum Schutz des Wettbewerbs))
- Normenhierarchie (insb. auch Schlussanträge GA Kokott)

# Anwendung von Kartellverbot / Missbrauchsrecht unterhalb der Fusionskontrollschwellen

- Belgien: Proximus/EDP, Dossche Mills, Frankreich: Tierkörperbeseitigung,
- Zivilrechtliche Rechtsdurchsetzung

Kartellverbot / Missbrauchsrecht nach erfolgter europäischer fusionskontrollrechtlicher Prüfung

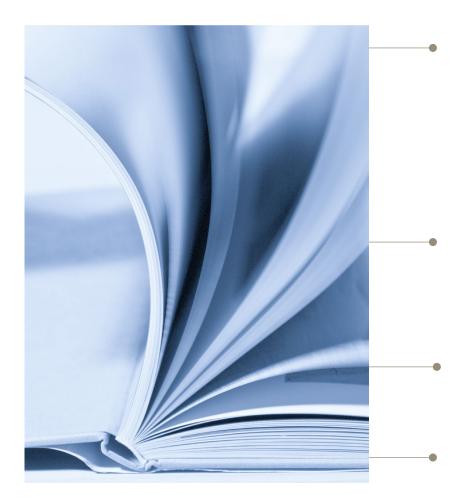
Entscheidung des BGH i.S. Kartellbehördliche Zuständigkeiten

#### **Nationale Fusionskontrolle** →

- Art. 101, 102 AEUV
- §§ 1, 19, 20 GWB

**Grenzüberschreitende Sachverhalte** 

Kartellbehördliche Zuständigkeiten



### Verhältnis FKVO zu Art. 101, 102 AEUV, §§ 1, 19, 20 GWB

- Vertrauensschutz u. Rechtssicherheit: Vertrauen, dass Zusagen auch nach Art. 101, 102 AEUV wettbewerbsrechtlich zulässig und durchführbar sind
- Art. 21 Abs. 2 und 3 FKVO ("one stop shop")
- Loyale Zusammenarbeit (Art. 4 Abs. 3 EUV)
- Systematik: Art. 8 Abs. 6, 7 FKVO; Art. 14 Abs. 2 d) FKVO

## Auslegung der Verpflichtungszusagen

Von Bedingungen/Auflagen gedeckt

Erforderlich vs. Überschießend

## Vorlage an den Gerichtshof der Europäischen Union

Vorlageverpflichtung entfällt im einstweiligen Rechtsschutz (Verweis auf Hauptverfahren, insb. gehindert wenn kein Verzicht auf Vollzug durch BKartA)

## Prüfungsmaßstab der Rechtsbeschwerde im Eilverfahren

Beschränkter Prüfungsmaßstab: rechtliche Plausibilität

Kernaussage



Das in den Verpflichtungszusagen dokumentierte Ergebnis des **konsensual geprägten Verfahrens** muss aufgrund der umfassenden Prüfung der Kommission vielmehr als "**sicherer Hafen**" für die Ausgestaltung der Marktöffnung gelten, der aus Gründen des **Vertrauensschutzes** nicht mehr zur Disposition der Kommission steht und – unter Beachtung des in Art. 4 Abs. 3 EUV verankerten Grundsatzes der **loyalen Zusammenarbeit** – auch von den mitgliedstaatlichen Behörden weder nach den Art. 101, 102 AEUV noch nach nationalem Wettbewerbsrecht (Art. 21 Abs. 3 KFVO) in Zweifel gezogen werden kann, auch wenn diese für die Anwendung der Wettbewerbsregeln zum Schutz der individuellen Rechte der übrigen Marktteilnehmer **grundsätzlich zuständig** sind.

Kartellsenat i.S. Kartellbehördliche Zuständigkeiten (Rn. 36)